

„Kein Platz für Rassisten“

INITIATIVE Stadt Bamberg, Kirchen und Gewerkschaften heben ein „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ aus der Taufe. 167 Bamberger unterstützten es spontan mit Unterschriften.

VON UNTEREM MITARBEITER HARALD RIEGER

Bamberg – Feierlich fand das Ereignis vor historischer Kulisse im Spiegelsaal der Harmonie statt: Stadt Bamberg, Kirchen und Gewerkschaften gründeten ein „Bündnis gegen Rechtsextremismus“. Und 167 Bamberger Bürger unterzeichneten spontan die Erklärungsurkunde.

Zwar lebe man in Bamberg, so betonte OB Andreas Starke im vollbesetzten Spiegelsaal, in vielerlei Hinsicht auf einer Insel der Seligen. „Doch auch wir sind gezwungen, uns des Themas Rechtsextremismus anzunehmen und unsere eigenen Antworten zu finden.“ So beunruhigte im letzten Jahr die Anfrage der NPD, in Bamberg einen Landesparteitag abhalten zu wollen. Diesen hätte man freilich verhindern können, da am geplanten Veranstaltungsort zeitgleich der „Tag der offenen Tür“ stattfand. Dennoch sei das Problem noch lange nicht gelöst. „Für das Jahr 2008 hat die NPD bis September gerichtlich über 100 mögliche Termine für einen Landesparteitag im Hegelsaal der Konzerthalle abfragen lassen.“, berichtete Starke. Und man habe diesmal nicht nach der Verfügbarkeit an einzelnen Tagen, sondern gleich nach freien Tagen im gesamten Zeitraum gefragt.

Vor diesem Hintergrund hält es Starke für umso wichtiger, ein deutliches Zeichen zu setzen. „Ein friedliches Zeichen für ein demokratisches und freiheitliches, für ein tolerantes und menschliches, für ein friedliebendes, buntes und weltoffenes Bamberg“, betonte der OB. Der Zusammenschluss zu dem Bamberger „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ soll daher eine langfristige Strategie im Kampf gegen den „braunen Sumpf“ sein, alle Demokraten über die Parteigrenzen hin vereinen,



Gegen Rechtsextremismus engagieren sich viele Bamberger. Foto: Rieger

wichtige Aufklärungsarbeit an Schulen zu leisten und eine breite Masse zu mobilisieren, die dafür kämpft, dass sich dieses dunkle Kapitel deutscher Geschichte nie wiederholt.

Für alle Religionsgemeinschaften forderte Domkapitular Dr. Gerhard Förch alle Bamberger auf, Zivilcourage im eigentlichen Sinne des Wortes gegen Rechtsextremismus zu zeigen. „Zivilcourage bedeutet, dass Menschen mit dem Herzen und beherzt für ihre Stadt handeln, sich für sie einsetzen und sie verteidigen, damit alle in ihr leben können.“ Dafür brauche es Ak-

zeptanz und Toleranz untereinander, Frieden, Entfaltungsmöglichkeiten, Rechtssicherheit und Rechtsschutz. Mit offenen Augen und Ohren müsse man erkennen, wo sich das Gift des Rassismus in der Gesellschaft zeigt, wo gespalten, ausgegrenzt, verachtet und herabgewürdigt wird. „Zivilcourage muss in unserem Denken und in unserem Reden sein. Sie muss unser Leben prägen, damit wir im Kleinen und Großen achtsam sind, das Wohl aller Bürger bewahren“, sagte Förch. Und eine wichtige Quelle der Zivilcourage sei der Gottesglaube.

Bürgermeister Werner Hipelius sah in der gemeinsamen Deklaration ein eindrucksvolles Signal, das allen Rechtsextremisten zeigen soll, dass sie in Bamberg unerwünscht sind. „Wir in Bamberg sind stolz darauf, dass Menschen aus über 100 Nationen friedlich in unserer Stadt zusammenleben. Bei uns ist kein Platz für Volksverhetzer, Antisemiten und Rassisten“, so der Bürgermeister. Ferner forderte er alle Bürger auf, „dem braunen Spuk“ von Anfang an geschlossen gegenüberzutreten und tatkräftig dem Bündnis beizutreten, um diesen Spuk zu vertreiben.

Im Anschluss daran wurde die Bündnisdeklaration von den Initiatoren OB Starke, Bürgermeister Hipelius, Dekan Otfried Sperl, Domkapitular Gerhard Förch, vom Vorsitzenden der israelitischen Kultusgemeinde Heinrich Olmer, DGB-Regionsvorsitzendem Werner Schnabel, KAB-Geschäftsführer Ralph Korschinsky und vom Vorsitzenden des türkisch-islamischen Kulturvereins, Mehmet Cetindere, unterzeichnet. Auf den ausliegenden Listen folgten spontan 167 Bürger.

Listen liegen aus

Die Urkunde zum Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus kann übrigens im Internet unter www.stadt-bamberg.de nachgelesen werden. Unterschriftenlisten liegen derzeit im Rathaus aus. Ferner gründeten sich zwei Arbeitsgruppen unter den Namen „Aktionen“ und „Bildung“. Die AG „Aktionen“, die von Werner Schnabel geleitet wird, zielt auf Strategien ab, um ein breites Bündnis zu organisieren und zu mobilisieren. Die zweite Arbeitsgruppe wird von Heinrich Olmer koordiniert und sieht vor, in Schulen und im Bildungsbereich Aufklärung zu betreiben.